

Bezugspreis:

Bestellh. 30.—, monatl. 10.—, ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltenige Anzeigenspalte ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 4. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Einigung über Breslau.

Die formelle Erledigung der Breslauer Angelegenheit dürfte allem Anschein nach unmittelbar bevorstehen.

den Vertretern dieser Firmen und einigen führenden europäischen Staatsmännern einmal zu veröffentlichen.

Das belgisch-französische Abkommen.

Brüssel, 4. September. (Meldung des Holländisch Neud. Bureau.) Die Sozialistische Partei hat eine Entschließung angenommen.

Todesurteile in Russland.

Moskau, 3. September. (Durch Funkpruch.) Am 7. August brach in der Stadt Wjasma in der dortigen Artilleriefabrik ein Feuer aus.

In der Umgebung von Petersburg sind große Wald- und Torfbrände ausgebrochen.

Die polnische Sowjetregierung in Warschau verhaftet. Warschau, 4. September. (M.) Laut einer Meldung des Warschauer „Robotnik“ wurde in Warschau die polnische kommunistische Regierung, die zur Zeit der Belagerung Warschaws gebildet wurde, verhaftet.

Italienisch-russischer Warenaustausch.

Moskau, 3. September. (Durch Funkpruch.) In Moskau, Odessa und Kiew werden Abteilungen der italienischen „Cooperativa“ für den Warenaustausch mit Sowjetrußland eröffnet.

Gemäß einer Uebereinkunft der beiden Delegationen in Minji wird sich die Sitzung am 2. September mit den technischen Fragen, die mit den weiteren Arbeiten der Friedenskonferenz verbunden sind, beschäftigen.

Sowjet-Rußland und Norwegen.

Kopenhagen, 4. September. (M.) Die Abreise Witkinows nach Kristiania, zwecks Verhandlungen mit der norwegischen Regierung über die Einkleitung der norwegisch-russischen Handelsbeziehungen, erfolgte heute.

Polnischer Frontbericht.

Warschau, 4. September. (M.) Amtlicher Heeresbericht vom 3. September. An der Frontlinie Suwalki—Wlodowa keine Veränderung.

Warschau, 4. September. (M.) Amtlicher Heeresbericht vom 3. September. An der Frontlinie Suwalki—Wlodowa keine Veränderung.

Friede in Oberschlesien?

Die Nachrichten aus Oberschlesien lauten immer noch in hohem Maße beunruhigend.

Als vor etwa 14 Tagen die deutschen und polnischen Parteien Oberschlesiens gemeinsam einen Aufruf zur Beendigung der Unruhen erließen, in dem sie zur Abkehr von der Gewalt, zur Wiederaufnahme der Arbeit und zur Ablieferung der Waffen aufforderten, schien der Friede in Oberschlesien wiederhergestellt, Ruhe und Ordnung gesichert zu sein.

Die Arbeit ist wohl im allgemeinen wieder aufgenommen. Aber schon kommen auch wieder Meldungen von Fällen polnischer Terror gegen deutsche Arbeiter.

Die Aufforderung des Aufrufs, die Waffen abzuliefern, ist bei den Polen völlig erfolglos geblieben.

Die Polen denken auch nicht daran, die von ihnen vertretenen gesetzmäßigen Behörden überall wieder einzusetzen.

Und die Abkehr von der Gewalt? Keine Rede und kein Tag vergeht, ohne daß mehrere Deutsche ermordet oder von polnischen Bänden überfallen und fürchterlich zerschlagen werden.

Es weht heute in Oberschlesien eine dumpfe Luft des Mißtrauens und des nationalen Hasses.

Bemüht sich die interalliierte Kommission nicht endlich, auch die Polen zur Unterordnung unter die gesetzmäßigen Verhältnisse zu zwingen, macht sie keine ernsthaften Anstrengungen, die Polen zu entwaffnen und die deutsche Bevölkerung vor ferneren Gewalttaten zu schützen.

Ein Verbrechen an der Arbeiterklasse.

In einem weiteren Artikel über „das Ergebnis von Moskau“ untersucht der Unabhängige Sepp Dertter die Bedingungen, die von den russischen Kommunisten für die Aufnahme in die alleinigmächtige 3. Internationale gestellt werden. Er schreibt:

Sind diese Bedingungen nun geeignet, den Befreiungskampf des internationalen Proletariats zu fördern? Sie haben diesen Zweck nicht. Jedem Einsichtigen muß klar sein, daß sie diesen Zweck nicht haben können, weil sie die revolutionäre sozialistische Arbeiterklasse nicht einigen, sondern noch mehr zerreißt. Es wird nur ein kleiner Teil der westeuropäischen Arbeiterklasse sein, der mit der Unterwerfung unter diese Bedingungen sich der Diktatur der Kommunisten unterwirft. Die Loraart allein, diese anmaßende, absprechende Loraart, die alles zurückstößt, als gegenrevolutionär fragmantiert, was selbständig bleiben, was sich der kommunistischen Diktatur nicht unterwerfen will, wird die Gogensätze in der Arbeiterklasse unheilbar verschärfen. Die Bedingungen der Moskauer Internationale streuen Salz in wunden Wunden der Arbeiterklasse.

Ueber die „dreiviertel kommunistischen Beschwichtigungsräte“, die durch den Hinweis, Moskau werde schon mit sich reden lassen, Veruhigung zu schaffen suchten, spottet Dertter in folgender Weise:

Ja, wenn dem so ist, daß, wie so vieles, was von Moskau kommt, auch diese Bedingungen nur revolutionäre Strafen sind — dann sind sie neben der ungeheuren Dummheit ein Verbrechen an der Arbeiterklasse und am Klassenkampf. Sie sind es um so mehr, weil in den westeuropäischen Ländern wirklich 3. I. die Klassengegensätze sich so zugespitzt haben, daß das Bürgertum sich immer mehr gegen die Arbeiterklasse zusammenschließt. Und in diesem Augenblick zerreißt die kommunistische Partei mit ihren Diktaturgefühlen über die Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse noch mehr. Eine wirklich revolutionäre, sozialistische Internationale muß es sich zur Aufgabe machen, alle sozialistischen und revolutionären Arbeiter zu sammeln.

Auf Grund dieser Tatsachen wiederholt der Verfasser seine schon in den früheren Artikeln zum Ausdruck gebrachte Ueberzeugung, daß die Moskauer „Bedingungen und Statuten phrasologisch zwar radikal, in Wirklichkeit aber reaktionär und unsozialistisch“ seien. Nach dem Verständnis, daß er Kautsky, Hilferding, Genke und Ledebour mehr werte, als „die ganze kommunistische Partei und Moskauer Internationale zusammengenommen“, verachtet sich Dertter gegen derartige Zumutungen an seine Partei, deren Annahme bedeuten würde, daß „die Scham zu den Hunden geflohen“ sei, und faßt seine Ansicht dahin zusammen, daß die Moskauer Internationale nicht „Förderin der Revolution“, sondern „Bahnbrecherin der Reaktion“ sei.

Die Spaltung um Moskau.

Am letzten Tage der Reichskonferenz der Unabhängigen wurden nur noch die Schlusssätze der Referenten entgegengenommen. Die Ausführungen Sieders haben wir bereits im Morgenblatt gewürdigt. Nach ihm kam Dittmann zu Wort, der noch einige sehr interessante Mitteilungen zu machen wollte.

Dittmann erklärte, daß er Däumig nicht für fähig halte, eine große Partei zu führen, und brachte, wie der offizielle Bericht mitteilt, dafür weitere Beweise, die Däumig Unfähigkeit zur Führung der Partei klar machen sollten. Däumig habe es abgesehen, im November 1918 in das Kriegsministerium einzutreten, trotzdem er andauernd gebeten wurde, trotzdem selbst Ebert, Scheidemann und Landberg Sympathien für ihn hatten. Er sollte mit seinen militärischen Erfahrungen die Konterrevolution niederschlagen. Er sei nicht in die Dreiecke gedrungen und habe seine Pflicht nicht getan. Dittmann erinnert daran, daß Lenin im Kriege durch Deutschland ge-

reist sei und daß das militärische Deutschland ihn durchgelassen habe, weil es den Wunsch hatte, daß es in Rußland möglich ist drunter und drüber gehe. In Moskau seien jetzt 30 000 Polizisten und Spies von den außerordentlichen Kommissionen beschäftigt, und das seien die alten Parolen. Die Moskauer Regierung sei ohnmächtig diesem System gegenüber. Jeder, der ein Wort gegen die Regierung wage, werde als Konterrevolutionär beschuldigt und verhaftet. Dittmann erklärte weiter, daß er persönlich dem französischen Delegierten Professor die verschärften Bedingungen in dessen Exemplar eingefügt habe. Trotzdem würden diese verschärften Bedingungen von Trotski und Tschin in Frankreich nicht veröffentlicht. Zum Schluß erklärt Dittmann, er stimme vollkommen mit Stöder und Roenen überein, daß so wie bisher die Parteischäfte nicht weitergeführt werden können. Er für seine Person erkläre, daß er von keinem Parteitagbeschlusse sich mehr verpflichten lasse, mit Leuten wie Stöder und Roenen zusammenzuarbeiten.

Der nächste Redner war Däumig, der sich zunächst gegen die Angriffe seines „hysterischen Feindes“ wendet, nämlich Ledebour. Das politische Redegenie Ledebours könne er nicht anerkennen. Die Januarereignisse seien kein Ruhmesblatt in der deutschen Revolutionsgeschichte. Wenn aus hysterischem Gese heraus ihm Freiheit vorgeworfen würde, so müsse er sagen, daß gerade der Mann, der ihm heute Wangel an Parteimoral vorwerfe, bei einer früheren Gelegenheit gegen ihn und andere eine neue Partei zu gründen versucht habe. Däumig erklärt seinerseits, daß er keiner Partei angehören könne, welche den Anschluß an die Dritte Internationale ablehne. Allerdings muß auch Däumig zugeben, daß von einem Aufbau im sozialistischen Sinne in Rußland bis heute nicht geredet werden könne. Vieles, was sie in Rußland auf verwaltungstechnischem Gebiete gesehen hätten, zeige, wie man es nicht machen dürfe. Vieles erkläre sich daraus, daß die Massen in Rußland weniger Klassenbewußt und marxistisch gekult als vielmehr revolutionär aus einem dunklen Klasseninstinkt heraus seien. In dem Schicksal Kautskys liege eine große Tragik. Aber heute müßten sich seine Jünger von ihm abwenden. Wenn gerade Breitfeld sich für Kautsky eingesezt habe, so hätte es ihm mehr an einem rhetorischen Erfolg gelegen. Es könne der Entwicklung nur förderlich sein, wenn jetzt eine Klärung eintrete. Wenn der Anschluß an die Dritte Internationale nicht beschlossen werden sollte, so habe er, Däumig, in dieser Partei keinen Platz mehr.

Als letzter Redner sprach Crispian, der versicherte, daß Däumig, Stöder, Meyer und andere zwar glatt vor den Kommunisten kapitulierten, aber daß keiner den Mut aufgebracht habe, klar und eindeutig zu sagen, wann und wie und was getan werden müsse zur Durchführung der Bedingungen. Das bezeichne er als Unehrlichkeit. Moskau habe die Unabhängigen beauftragt, die Bedingungen in aller Kürze durchzuführen, in Satz und Absche Worte zu tun. Bevor die Bedingungen nicht restlos erfüllt wären, dürften die Unabhängigen keinen Antrag um Aufnahme der Partei stellen. Als in Moskau auch der Ausschluß Longuets beschlossen wurde, haben Dittmann und Crispian Profors davon verständigt. Dieser wehrte ab und hielt das für ganz unmöglich.

„Es wurde eben dort die alte kommunistische Politik getrieben, die Unehrlichkeit und Unaufrichtigkeit, mit der wir immer und herumschlagen hatten. So ist die kommunistische Politik, so ist die „rote Fahne“, die nicht weiter als ein Revolverblatt ist. Wir haben ja soviel Kommunisten in unserer Partei, hineingesetzt von den Kommunisten im Auftrage der Russen, um die Stellung der Führer zu untergraben.“

Wenn die Bedingungen über den Ausschluß durchgeführt werden sollten, müßten nicht weniger als 60 Mitglieder der Reichstagsfraktion aus der Partei entfernt werden. Auch aus den Gemeinden, und Kreisvertretungen muß ausgeschied werden. Was gebe das für ein Scherbenegerd, was gebe das für eine Arbeit! Denn es solle ja nicht einmal, sondern öfter gereinigt werden!

Die Annahme der Bedingungen bedeutet aber vor allem die völlige Aufgabe des Rätesystems. Die Kommunisten in Rußland waren in dieser Beziehung nicht so radikal wie die deutschen

Die Technik auf neuen Wegen.

Von Ernst Trebesius.

Das Problem des Kleinflugzeuges — Elektrizität als Wachstumshilfer — Seife und Margarine aus Teer — Künstliches Tageslicht.

Wenn auch die ungeheuren Anforderungen, die der Krieg an jegliche Flugzeugtypen stellt, zu einer beispiellos schnellen Entwicklung dieses Verkehrsmittels führten, so muß gleichwohl festgestellt werden, daß sich diese Entwicklung in höchst einseitiger Weise vollzog. Doch all die verlangten militärischen Eigenschaften, wie Schnelligkeit, Steigfähigkeit, Tragfähigkeit usw. nur mittels eines sehr starken Motors möglich waren, spielte im Kriege keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Um so schmerzlicher macht sich dieser Umstand nunmehr bemerkbar, da es gilt, das Flugzeug als neues Transportmittel dem allgemeinen Verkehr einzurichten. Ohne Zweifel bedeutet es eine sonst nirgendwo anzutreffende Energieverwendung, daß beim heutigen Reiseflugzeug kleinerer Abmessung zur Beförderung von zwei bis drei Personen ein Motor von 80 bis 100 Pferdekraften erforderlich ist. Schneidet das Automobil hinsichtlich des Kraftbedarfes für die zu befördernde Person schon viel schlechter ab als die Eisenbahn, so wird dieser Bedarf beim Flugzeug beinahe doppelt so groß, daß die allgemeine Einbürgerung des Flugzeuges schon aus diesem Grunde scheitern müßte. Den Kraftbedarf in dieser riesigen Kraftbedarf natürlich schon längst ein Greuel, und seit Jahr und Tag sind die klügsten Köpfe damit beschäftigt, die Entwicklung des Flugzeuges in neue Wege zu leiten. In den Entente-Ländern sind nach Kriegsende verschiedene Sportflugzeuge erbaut worden, bei denen 40- bis 50-pferdige Motoren, bei einem Typ sogar ein 35-pferdiger Motor, als Antrieb dienen. In allen diesen Fällen handelt es sich freilich nur um Versuche, und ein Massenablauf konnte wegen der hohen Herstellungskosten bisher noch nicht erzielt werden.

Die Säbnergruppe des deutschen Luftfahrerverbandes hat jetzt, um das Problem des Kleinflugzeuges zu fördern, einen Preis ausgesetzt für einen Kleinmotor für Flugzeuge von 10 Pferdekraften und höchstens 12 Kilogramm Gewicht. Die Herstellung eines Kleinmotors bietet an sich natürlich keinerlei Schwierigkeit. Wenn jedoch diese 10 Pferdekraften in einem Motor von nur 12 Kilogramm Gewicht, eine Last also, die jeder kräftige Anabe ohne Schwierigkeit auf dem Rücken tragen kann, erzeugt werden sollen, dann bedeutet dies eine vielleicht unüberwindbare Schwierigkeit. Ob das Problem mit dem heutigen Explosionsmotor gelöst werden kann, ist mehr als fraglich. Ist aber erst einmal ein solcher Kleinmotor geschaffen, dann wird auch das Flugzeug in neue Bahnen der Entwicklung gelenkt werden und sich vielleicht mehr den Segelflug der großen Vögel zum Vorbild nehmen.

Seit ungefähr einem Jahrzehnt werden in den verschiedenen Ländern Versuche angestellt, mit Hilfe der Elektrizität auf die Pflanzen einzuwirken und deren Wachstum zu fördern. So wurden neuerdings in der Gärtnereianstalt zu Berlin-Dahlem die verschiedenartigsten Ruhgewächse der Wirkung des elektrischen Lichtes ausgesetzt, da man sich auch hier eine günstige Beeinflussung der Wachstumsvorgänge verspricht. Die Versuche wurden

in der Weise durchgeführt, daß das Treibhaus durch einen Vorhang in zwei gleich große Hälften geteilt war. Die eine Hälfte erhielt außer dem Tageslicht an trübigen Tagen und des Nachts eine künstliche Beleuchtung durch Neon-Lampen, während die andere Hälfte nur durch Tageslicht erhellt wurde. Der Erfolg dieser Beeinflussung zeigte sich in einer recht verschiedenen Ernte. Die künstlich beleuchtete Hälfte lieferte auf einer bestimmten Fläche 500 Gurken von 277 Kilogramm Gewicht, während die gleich große Fläche der unbelichteten Hälfte nur 370 Gurken mit 186 Kilogramm Gewicht lieferte. Bei Tomaten ergab sich ein Unterschied zwischen 96,66 Kilogramm und 69,20 Kilogramm Ernte. Bei diesen Versuchen wurde also die Wirkung des elektrischen Lichtes ausgenutzt. Im Gegensatz dazu hat man in England Versuche unternommen, die Ausstrahlungen hochgespannter Gleichströme zur Förderung des Pflanzenwachstums zu benutzen, indem man die Pflanze mit einem Netz von Leitungen, die in etwa 3-4 Meter Höhe verlegt wurden, überspannte. Auch hier ergaben sich sehr gute Resultate. Eine andere Frage ist nun freilich die, ob angesichts der teuren Strompreise dieses Mehr an Pflanzenwachstum nicht zu teuer bezahlt werden muß. Für spätere Zeiten indessen, wenn erst die „weiße Kohle“ viel großzügiger ausgenutzt sein wird, als es jetzt der Fall ist, dürfte die elektrische Förderung des Pflanzenwachstums vielleicht eine große Anwendung finden.

In einem seiner phantastischen Romane schildert der Engländer Wells die Menschen einer späteren Epoche, die wegen der großen Ueberbevölkerung der Erde nicht mehr satt werden von den Naturprodukten unseres Planeten und deshalb in weitestgehender Weise zur künstlichen Nahrung, zu den Produkten der Chemie greifen müssen. Von dem chemisch ernährten Mensch sind wir zwar noch ein gut Stück Weg entfernt, doch ist der erste Schritt dazu immerhin bereits getan. Bekanntlich wird der Süßstoff Saccharin, der während des Krieges als Ersatz für den fehlenden Zucker eine so weitgehende Verwendung in Deutschland fand, aus dem Teer gewonnen. Jetzt ist es den Chemikern nun gelungen, auch Speisefett, das sich sehr gut zur Margarineherstellung eignet, aus dem Teer zu gewinnen. Dergleichen kann auch Seife aus dem Teerdestillat gewonnen werden. Wie lange noch, dann zieht der Chemiker sämtliche Stoffe, die der Mensch zur Ernährung braucht, aus seinem Gegenstand. Was freilich der Götter des Menschen zu der chemischen Nahrung und was vor allem seine Verdauungsorgane zu diesen Pillen und Blätschen der chemischen Nahrung sagen würden, das mag sich jeder selbst ausmalen.

Trotz aller Fortschritte in der Beleuchtungslehre möchte es bisher nicht gelingen, ein dem Tageslicht ähnliches elektrisches Licht zu erzeugen. Auch das weiße Noxe-Licht entspricht trotz seiner mancherlei Vorzüge noch keineswegs allen dahingehenden Ansprüchen. Der „Elektrischen Zeitschrift“ zufolge hat man nun in England neuerdings Versuche angestellt, das künstliche Licht so zu fördern, daß es genau der Zusammensetzung des Tageslichtes entspricht. Das Licht einer hochliegenden Lampe wird durch einen undurchsichtigen Reflektor, der darunter angebracht ist, nach oben auf einen Schirm geworfen, der mit Nadeln der verschiedensten Farben bemalt ist. Das von diesem Schirm reflektierte Licht soll alle Gegenstände in derselben Farbe erscheinen lassen wie das natürliche Tageslicht. Diese neue Erfindung hat allerdings den Nachteil, daß der bemalte Schirm sehr viel Licht aufsaugt, wodurch sich die Kosten sehr erhöhen.

L.-S.-G. Vertreter In Rußland bestehen praktisch die Arbeiter-räte nicht mehr. Wer diese Bedingungen erfüllt, der lehnt das Programm unserer Partei ab. In unserem Programm steht die Forderung des Rätesystems als das Instrument des sozialistischen Aufbaus. Die Moskauer verlangen die Diktatur von oben herunter. So ähnlich sieht es auch mit den politischen Räten. Wie kann man zumuten, diese opportunistischen Bedingungen anzunehmen. Sollen wir das öffentliche Wahrecht einführen wie bei den russischen Wahlen?

Crispien wendet sich schließlich scharf gegen die Politik, die auf Konflikte mit der Entente hindeutet und fährt fort:

„Die Arbeiterklasse zerfleischt sich an innerem Bruderkrieg. Wie wollen wir uns behaupten gegen die Bourgeoisie, gegen die Bauern, gegen die Militärs und gegen einen nicht kleinen Teil der Arbeiterklasse. Darauf die Antwort zu geben, das heißt der „roten Fahne“ zu. Die kommunistische Politik erzeugt die Putsche, erzeugt die Niederlagen, wie jetzt in Stuttgart. Sind wir solche Knechte, daß wir nicht mehr sagen sollen, diese Aktion ist verfehlt, sie ist nicht revolutionär, sie ist gegenrevolutionär? Wenn wir heute Rußland nicht helfen können, so liegt das an der deutschen kommunistischen Partei. Deren Politik muß zum Verhängnis Deutschlands und der Weltrevolution führen.“

Nach Crispian's Rede folgten eine Reihe von persönlichen Bemerkungen. Besonders sollte Ledebour noch einmal die Geschichte des Januarputsches auf, ohne jedoch irgendwelchen Eindruck damit zu machen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, vielmehr erklärte Luise Fieh, die die Konferenz leitete, es solle alles Material und alle Berichte ins Land hinausgehen, um als Grundlagen der Diskussion zu wirken. Die Entscheidung über die formale Spaltung wird erst auf dem Parteitag fallen. Die tatsächliche Spaltung ist allerdings so offensichtlich, daß ein formeller Beschluß sie nur noch ausdrücklich bestätigen kann. Wenn Leute mit so grundverschiedenen Ansichten wie Crispian und Däumig, Dittmann und Stöder, bisher miteinander eine Partei gebildet haben und weiter bilden wollten, so ist das eine Unehrlichkeit, die schließlich auch dem blindesten Arbeiter bemerkbar werden würde. Es kann also nicht mehr die Frage sein, ob, sondern nur wann die formelle Scheidung der Personen erfolgt, die bisher fälschlich eine Partei gebildet haben.

Streikabstimmung in Stuttgart.

Stuttgart, 3. September. Eine Betriebsräteversammlung nahm heute abend von den zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezüglich des Generalstreiks im Beisein der Regierung getroffenen Vereinbarungen Kenntnis und beschloß, daß morgen in einer Betriebsräteversammlung, zu der nur Betriebsratsmitglieder und je drei Vertreter der E. P. D., der U. S. P. D. und der R. P. D. Zutritt haben sollen, über Annahme oder Ablehnung dieser Vereinbarungen entschieden werden soll.

Generalstreik in Augsburg.

Augsburg, 4. September. (Zu.) Durch die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Betriebsräte wurde wegen der blutigen Krawalle am Mittwoch für heute der Generalstreik verkündet. Die Werke der Augsburger Industrie bleiben jedoch nach einer Erklärung der Unternehmung offen mit der Begründung, daß der weitläufige größte Teil der Augsburger Arbeiterkraft selbst der radikalen Kreise nicht einverstanden sei. Auch die bürgerlichen Zeitungen erscheinen.

Anwachsen der Erwerbslosenziffern.

Wie und aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterfügten Erwerbslosen im Reich auch in der Zeit vom 1. bis 15. August 1920 weiter gewachsen. Allerdings ist die Zunahme der Erwerbslosenzahl geringer als in den beiden letzten Julimonaten. Bemerkenswert ist, daß trotz der Erhöhung der Gesamtzahl der Erwerbslosen die

Neus und dem Kaiser-Friedrich-Museum. Der Platz des Generals Alars ist jetzt im Berliner Kaiser-Friedrich-Museum neu besetzt worden. Im Eingangsbereich der altniederländischen Abteilung wurden nun eine Anzahl von Werken des anderen großen Begründers der altniederländischen Schule ausgestellt, des Rogier van der Weiden. In der Mitte sieht man seinen herrlichen Altar aus Widdersburg, dann das Frauenbildnis mit der großen weißen Haube, sein Bildnis Karls des Kühnen sowie einige religiöse Werke. Darüber wird seine Hauptleistung, seinen Vah erhalten, von der das Museum eine alte Kopie aus dem 15. Jahrhundert besitzt, die Kreuzabnahme aus dem 16. Jahrhundert. Ein andere Lücke in den Bestand der Galerie rief die Auslieferung der beiden Flügel des Dirk Bouts. Dafür wurden nun die Hauptwerke der altholländischen Maler in einem Raum vereinigt. Da hängen nun neben der Auferweckung des Lazarus, dem einzigen bekannten Werke des Quwater, Tafeln von Dirk Bouts, 1. B., die beiden aus der Sammlung Thiem, die bisher als Ganzes in der Galerie vereinigt war. Statt dessen wurde nun im 17. Jährigen Thiem'sche eine Uebersicht über den Best der Werke des David Teniers eingerichtet. Die Kunst des flämischen Meisters im Stillenbild und in der Landschaft tritt da vielfältig und glänzend hervor.

Ein neuer Anblick bietet jetzt auch die Sammlung der deutschen Bildwerke im Erdgeschoss. Hier wurde der ganze Bestand neu geordnet, unter Einbeziehung des großen früheren Renaissance-Saal am Aufbegraben. Er zeigt nun, was Schwaben im 15. Jahrhundert und über dessen Grenze hinaus an Bildwerk und Malerei leistete. Den wirksamen Abschluß bildet die große Maria vom Meister des Hochaltars von Blaubeuren. Andere Gruppen der Abteilung stellen die Kunstwerke vom Oberrhein, aus der Nürnberger Gegend, aus Bayern, aus der mainfränkischen Region Riemenschneiders, vom Niederrhein, aus der rheinischen Gegend zusammen. Die Neuerwerbungen der Sammlung deutscher Bildwerke wird man künftig auf der Eingangstreppe der Abteilung sehen. Hier konnten jetzt zwei erkundene Stücke eingereiht werden: ein großes Kreuzigt auf gemaltem Sockel und ein derbustiges Stück aus der deutschen Renaissance: ein prächtiger Turm als nachher lebender Putto von Peter Flöner.

Erkautführungen der Woche Freitag: Zentral-Theater: Frau Bärbel.

Urania. Prof. Spiel spricht Montag, Mittwoch über „Weltentwürfe, Raum und Zeit“. Donnerstag Prof. Wölfe: „Der Mensch und die Natur“, Sonnabend: „Rezepten und der Wit“. Sonntag, Freitag: „Der Großglockner“. Dienstag: „Von der Jagd zum Kampmann“. Sonntag, Sonnabend nachm.: „Die Insel Rügen“ zu neuen Preisen.

Wand's Selbstbiographie. Der verarbeitete Biograph Wilhelm Wand hat der Welt noch ein letztes, sein arbeitsreiches Dasein beschließendes Werk „Erlebtes und Erkanntes“ hinterlassen, das demnächst in Stuttgart Verlag Alfred Kröner erscheint. Der Biograph schildert darin ähnlere Ereignisse, die er miterlebt hat und stellt die Ergebnisse seiner Arbeiten und sein Leben dar.

Zubermann auf Reisen. Die Wehräder Roter, die kapitalträchtigen Unternehmern des Reichsbauwesens, haben sich das allseitige Aufklärungsrecht von Zubermann „Reisen“ für Deutschland gesichert und wollen es auf Hauptstellen ausüben. Im Anhang wird es also dem letzten Stück der Zeitschrift „Die entgötterte Welt“ nicht fehlen.

Zahl der weiblichen Erwerbslosen um über Tausend abgenommen hat.

Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. August 1920 304 048, die der weiblichen Erwerbslosen 107 525, also insgesamt 411 573, gegenüber 404 236 am 1. August und 359 618 am 15. Juli 1920. Einzukommen 371 599 Familienangehörige, die als Zuschlag empfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande in der ersten Februarhälfte dieses Jahres.

Zunehmende Arbeitstätigkeit im Ruhrgebiet

Die Arbeitstätigkeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat, wie der Offener Berichterstatter der „Dona“ meldet, in der letzten Zeit erheblich zugenommen. Auf den Hüttenwerken sind die Arbeiter fast durchweg sehr arbeitswillig, so daß trotz aller Agitation der Kommunisten größere Unruhen in der letzten Zeit, abgesehen von den örtlichen Vorkommnissen in Dortmund, nicht zu verzeichnen waren. Im Bergbau ist seit dem Abschluß der neuen Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden die Zahl der an den Ueberflüssen beteiligten Bergleute auf etwa 90 Proz. gestiegen. Lediglich die Kohlennot erweckt Beunruhigung.

Wissenschaft und Geschäft.

Die große Einsteinbege, die mit viel Lärm und wenig Geschmack von gewisser Seite in den letzten Wochen inszeniert wurde, wird durch einen Brief des Hauptwortführers der Einsteingegner, des Herrn Paul Weyland, „Schriftwartes der Einsteingegner“, den die „Freiheit“ veröffentlicht, in ein bemerkenswertes Licht gerückt. Dieser natürlich nur der „reinen Wissenschaft“ dienende Herr schrieb nämlich am 23. Juli d. J. an einen hervorragenden Professor folgendes:

Sehr geehrter Herr Professor!

Nachdem die ernsthafte exakte Wissenschaft nunmehr einhellig zur Ablehnung der Einsteinschen Forderung gelangt, wird geplant, auch der gebildeten Laienwelt gegenüber mit Gegenreden zu kommen, nachdem diese lange genug mit Einsteinschen Ideen bis zum Erbrechen gefüttert ist.

Ich frage als Schriftwart der Einsteingegner an, ob Sie gewillt sind, sich an den Vorträgen gegen Einstein zu beteiligen und Bante unter dieser Voraussetzung Ihnen nach Erhalt Ihrer Zusage mit weiteren Details dienen. Ich erbitte der Gültigkeit halber gütigst Drahtantwort. Geschäftlich dürfte bei der Sache ein Gewinn von etwa 10—15 000 M. für Sie herauskommen.

In ausgezeichnetester Hochachtung sehr ergebenst Weyland.

Daß es sich schon bisher bei dem Kampf gegen Einstein nicht um den Versuch einer ernsten wissenschaftlichen Diskussion handelte, war nach dem Charakter der Plakate an den Vortragsstätten, des Verfallens der Plakate und von vornherein klar. Der Kampf gegen Einstein entsprang niedrigster nationalistischer und antisemitischer Gesinnung. Nach diesem Briefe ist nicht mehr zweifelhaft, daß auch das Geschäft eine große Rolle dabei spielt. Wir haben es hier mit jenem widerwärtigen Konjunktur-Antisemitismus zu tun, der nicht etwa seinen Kampf mit sachlichen Gründen führt, sondern der für das Mäntelchen der Wissenschaft umhängt, um unter ihm Geschäfte zu machen. Auch Einsteins Gegner, soweit sie der Wissenschaft zu dienen bereit sind, werden erschreckt einsehen, in welche Gefahr sie sich begeben würden, wenn sie mit derartigen Individuen weiter gemeinsame Sache machten.

Wozu der Lärm?

In der bürgerlichen Presse wird seit einigen Tagen gegen die Verordnung des Demobilisierungsausschusses Groß-Berlin Sturm gelaufen, die die Entlassung derjenigen Arbeitnehmer anordnet, welche auf Erwerb aus ihrer Beschäftigung nicht angewiesen sind. In der Agitation gegen diese Verordnung marшиert das „Berliner Tageblatt“ an der Spitze. Zu den Gründen, die zu jener Verordnung führten, gibt der Vorsitzende des Demobilisierungsausschusses folgendes interessante Beispiel:

Es sollen nur besonders ungerechte Vorkommnisse beschriftet werden. Der Ueberwachungsanspruch des Demobilisierungsausschusses stellt, um ein Beispiel zu wählen, fest, daß die Ehefrau eines begüterten Hausbesizers in einem Bureau als Stenotypistin und daß ihre bei dem Vater wohnenden drei Töchter als Geschäftsleiterinnen tätig sind. Ergeben die Nachforschungen, daß die Familie auch ohne den Verdienst der Ehefrau gut auskommen kann, so wird der Arbeitgeber der Stenotypistin gefragt, ob die Stellung auch durch eine andere, bisher der Erwerbslosenfürsorge anheimgefallene Buchhalterin ausgeführt werden kann.

Uns scheint dieses Beispiel so schlagend, daß es allein jene Verordnung rechtfertigt. Wenn schon bedauerlicherweise in der Verwaltung eine Ueberbureaufraufschaltung Platz gefunden hat, so soll man wenigstens diejenigen auscheiden, die auf Grund ihrer Vermögenslage imstande sind, von ihren Renten zu leben, und an ihre Stelle wirklich bedürftige Personen setzen. Wenn die bürgerliche Presse das nicht einsehen will, so ist das wohl auf die kapitalistischen Kreise, die hinter ihr stehen und die ihre Renten zur bequemeren Lebensgestaltung noch ein wenig erhöhen möchten, zurückzuführen. Der Hinweis des „Berliner Tageblatts“ auf die freien Berufe, insbesondere auf die Unmöglichkeit einer Erziehung von Schauspielern und Jugendlichen, ist eine müßige Spielerei, da natürlich kein Mensch daran denkt, die Verordnung schablonenmäßig auszuführen. Wenn das „B. T.“ Verträge, Anträge usw. für unerlässlich hält, so ließe sich hierüber streiten; denn es ist durchaus möglich, daß ein besonders begüterter Arzt oder Rechtsanwalt durch einen bedürftigen Kollegen, der die gleiche Wissensvorbildung hat, vollwertig ersetzt wird. Wozu also der Lärm?

Die Ungerechtigkeiten der Entwaffnung.

Kottbus, 4. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Sozialdemokratische Ortsverein Guben hat in einer Mitteilungsversammlung am Freitag, den 3. d. M., nach einem Referat des Genossen Klaus über die Entwaffnungsfrage nachstehende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Der Sozialdemokratische Ortsverein Guben erklärt, daß aus augen- und innenpolitischen Gründen die Entwaffnung der Zivilbevölkerung unumgänglich ist. Die Beschlüsse des Reichstagsausschusses, die für einzelne liegende Ortschaften und Gebiete Ausnahmemaßnahmen vorsehen, gefährden jedoch die Durchföhrung des Entwaffnungsgesetzes auf das Bedenklichste. Soweit die Arbeitskraft, wie z. B. in Guben, noch vereinzelt im

Besitz von Waffen ist, ist es ihr nicht zuzumuten, diese aus der Hand zu geben, solange Bevölkerungsteile des platten Landes bewaffnet bleiben, deren führende Schichten der republikanisch-demokratischen Staatsordnung in offener Feindschaft gegenüberstehen. Der Rapp-Ruß hat offen zutage treten lassen, welche starken gegenrevolutionären Tendenzen jene bewaffneten Organisationen beherbergen, die unter dem Auswahlschild des „Blut- und Ordischuges“ auf dem platten Lande gebildet worden sind. Der Sozialdemokratische Ortsverein Guben bittet deshalb die Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß die Entwaffnung des platten Landes ebenso wie die der Städte und Industriebezirke ausnahmslos und gleichmäßig erfolgt. Sollte die jetzige Reichsregierung dazu weder Kraft noch Willen haben, hält es der Sozialdemokratische Ortsverein für geboten, die Selbstausföhrung der Partei aus der Führung der Reichsregierung endlich zu beenden und den sozialdemokratischen Massen den politischen Einfluß zu sichern, der ihnen nach Maßgabe der tatsächlichen Machtverhältnisse im Reich zukommt.

Sozialisierung der Elektrizität.

Berlin, 4. September. Auf Einladung des Reichsfinanzministers war gestern und heute im Reichstagsgebäude der durch § 20 des Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 31. Dezember 1919 errichtete Beirat für die Reichselektrizitätswirtschaft zu einer Sitzung versammelt. Die Versorgung der mitteldeutschen Energieverbrauchszentren, namentlich Berlins, Leipzigs und Dresdens mit Grundbelastungsstrom aus den auf Braunkohle gegründeten Reichswerken in Zschornau, Spremberg und Lauta, sowie die süddeutschen Wasserkraftbauten des Reiches wurden ausführlich besprochen. Nach Erörterung der eingehenden Referate wurde zur sachverständigen Beratung des Reichsfinanzministers bei den bevorstehenden gesetzgeberischen Arbeiten ein Ausschuß von 13 Mitgliedern ernannt. Der Vorschlag soll möglichst noch in diesem Jahre dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden, um Anfang 1921 bei den gesetzgebenden Körperschaften eingebracht werden zu können. Ferner wurde zur Beratung des Reichsfinanzministers in Fragen der mitteldeutschen Elektrizitätswirtschaft und der süddeutschen Wasserkraft je ein Ausschuß gewählt.

Verfassungsfeinde.

Von dem Abgeordneten Müller (Werkow) und Genossen wurde im Preussischen Landtag folgende „Keine Anträge“ eingebracht:

Von der Ersten Strafkammer des Landgerichts Breslau wird nur die religiöse Eidesformel angewandt. Am 28. August wurde der als Zeuge vorgeladene Preisprüfer Blasche, ein Dissident, unter Androhung einer Geldstrafe zur Leistung der religiösen Eidesformel gezwungen. Dieser Zwang verstößt gegen den Artikel 136 der Reichsverfassung, der ausdrücklich erklärt: Niemand darf zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden.

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um auch der Leistung dieser Strafkammer beizubringen, daß auch für sie die verfassungsmäßigen Bestimmungen gelten?

Tirards schwarze Liste.

Mainz, 4. September. Die interalliierte Regierungskommission hat am 31. August beschlossen, die in Mannheim erscheinende „Neue Badische Landeszeitung“ für das besetzte Gebiet auf die Dauer eines Monats vom 15. September ab zu verbieten. Das Verbot erfolgte, weil die Zeitung Artikel gebracht haben soll, die angeblich Beleidigungen gegen die Besatzungstruppen enthalten.

Die Ernährungskonferenz in Stresa.

Rom, 4. September. „Stefani“ meldet aus Stresa, daß die Verhandlungen mit den Deutschen Sonntag oder Montag beginnen werden, bis dahin finden Vorberhandlungen unter den alliierten Vertretern statt.

Die Kärntner Abstimmung.

Wien, 4. September. (W. B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Klagenfurt: Die jugoslawische Mission verweigert einer Anzahl Vertreter der auswärtigen Presse die Einreise ins Kärntner Abstimmungsgebiet, wo die deutsche Bevölkerung den ärgsten Bedrückungen durch die jugoslawischen Behörden ausgesetzt ist.

Groß-Berlin

Rheingau und Westend.

Die neuen Fernsprech-Vermittlungsämter.

Morgen wird bei dem Fernsprechamt Berlin-Wilmersdorf (Fernsprech-Vermittlungsanstalten Pfalzburg und Hland) eine dritte Vermittlungsanstalt „Rheingau“ und bei dem Fernsprechamt Charlottenburg 1 (Fernsprech-Vermittlungsanstalt Wilhelm) eine zweite Vermittlungsanstalt „Westend“ eingerichtet. Die Vermittlungsanstalt Rheingau übernimmt einen großen Teil der im Gemeindebezirk Berlin-Friedenau belegenen Teilnehmeranschlüsse, die gegenwärtig noch bei den Vermittlungsanstalten Pfalzburg und Hland angeschlossen sind, die Vermittlungsanstalt Westend einen Teil der Anschlüsse des Ortsteils Westend, die bisher zu der Vermittlungsanstalt Wilhelm geschaltet sind. Da auch die Anschlusnummern zum Teil geändert werden müssen, wird empfohlen, vor Anforderung von Verbindungen mit Teilnehmern der Kammer Pfalzburg, Hland und Wilhelm immer erst nach dem neuen Teilnehmerverzeichnis festzustellen, ob ihr Anschluß unverändert geblieben oder nach den neuen Nummern Rheingau und Westend mit geänderter Nummer umgeschaltet worden ist. Nur dann können die Verbindungen ohne Fehlerlauf hergestellt und vergebende Nachfragen bei den anfangs stark belohlenen Auskunftstellen vermieden werden.

Die an die Kammer Rheingau und Westend angeschlossenen Teilnehmer haben bei der Anmeldung der Gesprächsverbindungen nach anderen Kamern des Orts, Nachbarorts und Vorortverkehrs ihrem Anteil nur den Namen des gewünschten Amtes zu nennen, die Nummer des gewünschten Anschlusses erst dem zweiten Amte anzugeben.

Die Kreditierung der Fernsprechanleihe.

Der einmalige Beitrag der Fernsprechteilnehmer von 1000 M. für den Hauptanschluß und von 200 M. für jeden Nebenanschluß ist am 1. Oktober fällig. Wie wir hören, wird die Post in Kürze die einzelnen Fernsprechteilnehmer zur Einzahlung schriftlich auffordern, was dieses noch nicht geschehen ist. Will der Fernsprechteilnehmer den Beitrag nicht selbst aufbringen, sondern entsprechend den bekannten Vereinbarungen der Post die Deutsche Volksversicherung mit der Zahlung beauftragen, so wird er auf daran tun, die Zahlungsaufforderung der Post nicht abzuwarten, sondern möglichst bald den Kreditierungsauftrag zu erteilen. Diesen Auftrag hat der Fernsprechteilnehmer nicht bei der Deutschen Volksversicherung, sondern bei seinem Fernsprech-Vermittlungsamt einzureichen, das daraufhin das nötige

benötigt. Bei dieser Dienststelle erhält er auch den vorgeschriebenen Auftragsdruck mit den ausführlichen Bedingungen. Die Auftragsordere sind den Fernsprechämtern zum Teil schon zugewandt, oder sie erhalten sie in allernächster Zeit. Der Fernsprechteilnehmer hat neben einer einmaligen Einschreibgebühr von 2 vom Hundert des Betrages bei Stellung des Antrages ebenfalls vierteljährlich eine Vergütung von zurzeit 8,75 M. für 1000 M. bzw. 1,75 M. für 200 M. zu entrichten. Die Einschreibgebühr wird von der Post erhoben, ebenso die laufenden Vergütungen.

Im Hinblick auf die harte Geschäftsanbahnung, die durch die Bearbeitung der sämtlichen bestehenden Anschlüsse gerade für die am 1. Oktober fälligen Beiträge zu erwarten ist, wird empfohlen, den Kreditierungsauftrag so bald wie möglich zu stellen.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung

nahm ohne Debatte verschiedene Nachbewilligungen von Mitteln für die Straßeneinigung, Feuerweh, Parkverwaltung, Gaswerkverwaltung, Armen- und Krankenhausverwaltung an. Bei der Kapitalanleihe, betreffend Aufwandsentschädigung von monatlich 30 M. für die Eisenräte, die angenommen wurde, kam der Wunsch zum Ausdruck, für die Bezirksvorsteher ebenfalls eine Entschädigung festzusetzen. Zu einer lebhaften Debatte, in der besonders Wünsche hervorgehoben wurden, führte die Vorlage zur Bewilligung von 20 Millionen für Notstandsarbeiten der Charlottenburger Arbeitslosen. Von dieser Summe entfallen 8½ Millionen auf Zuschüsse aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Die Fraktionsrednerin, Genossin Jader, sprach den Wunsch aus, nach Möglichkeit die Arbeiten in eigener Regie auszuführen, um die bemittelte Summe hauptsächlich als Lohnsumme zu verwenden und jeden unnötigen Unternehmergewinn auszuschalten, zugleich sollten auch erwerbslose Frauen berücksichtigt werden. Die sportliebende Jugend dürfte diese Vorlage besonders interessieren, da die Herstellung eines Fußballplatzes auf dem Sportplatz Westend vorgesehen ist, außerdem die Herstellung eines Sportplatzes auf den Pferdewiesen im Schloßpark mit Sportbad und Ruderiegen, sowie die Errichtung einer Badeanstalt und Kindererholungsstätten in der Jungfernheide. Den in dem Vaterländischen Frauenverein, Elisabeth-Frauenverein, der Säuglings- und Lungenfürsorge tätigen Schwestern wurde ein Ausgleichzuschlag von 50 Proz. ihrer Gesamtbezüge vom 1. April 1920 an bewilligt. Bei der Vorlage auf Umwandlung von 30 Sekretariatsstellen in Sekretärstellen, welche bewilligt wurde, versuchten die Deutschnationalen durch ihren Vorsitzenden Fein, 36 Stadtdirektoren zu Oberstadtdirektoren zu befördern. Dieser aus agitatorischem Interesse gestellte Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Für das zweite halbe Rechnungsjahr 1920 wurde die Erhöhung der Kanalisationgebühren von 8,5 Proz. auf 10 Proz., wegen Lebererkrankung des Staats von 1 000 500 M., und die Müllabfuhrgebühren von 5,5 Proz. auf 11,5 Proz. des Gebäudesteuerungswertes zur Deckung von 2 Millionen beschlossen. Eine Vorlage, für den neuen Arbeiterlohntarif 4½ Millionen zu bewilligen, wurde zugestimmt.

Mutter und Kind durch Gas vergiftet.

Ein schweres Unglück durch Gasvergiftung wird aus der Kirchstraße 16 gemeldet. Als dort gestern abend um 7½ Uhr der Handlungsgehilfe Rettig aus dem Geschäft heimkehrte, fand er seine 37 Jahre alte Frau mit dem 6 Jahre alten Sohne Gerhard in der Küche regungslos im Bette liegen. Der Raum war mit Gas angefüllt. Der Hauptbahn zur Kochmaschine und der Hahn eines Kochtopfes standen auf. Ein Krieger, den der Mann sofort holte, konnte bei der Frau nur noch den Tod feststellen, dagegen gelang es ihm, den kleinen Knaben in das Leben zurückzurufen. Der Schweregefallene wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen liegt ein Unglück vor. Ob die Frau oder der Knabe die Hähne geöffnet hat, ohne das Gas anzuzünden, läßt sich noch nicht sagen, weil der Kleine noch nicht vernommen werden konnte. Die Leiche der Frau wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Betriebsstörung im Voss- und Südringverkehr.

Heute vormittag trat auf dem Südring im Berufsverkehr eine empfindliche Störung ein. In Tempelhof war kurz nach 4 Uhr ein vom Anhalter Güterbahnhof kommender Güterzug mit einer Lokomotive zusammengestoßen. Die Aufgleisung im Hauptgleis war um 8 Uhr 30 Minuten vormittags beendet. Während der Zeit der Störung lehrten die von Westend über Stralau-Rummelsburg fahrenden S-Bahnzüge in Hermannstraße um. Zwischen Hermannstraße und Schöneberg wurde der Betrieb eingeleitet aufrechterhalten. Ein Teil der für die Bewältigung des Berufsverkehrs vorgesehenen Einsatzzüge mußte aus betrieblichen Gründen ausfallen. Personen wurden nicht verletzt. Wegen des Unfalls wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Ausstellung für Blumenhandel.

Am 12. September veranstaltet der Verband der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter eine Ausstellung für Blumenhandel. Sie findet in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends in den Sälen des Berliner Lehrerbereins-Hauses (Alexanderplatz) statt. Die Ausstellung erstreckt sich auf alle Arten von Blumenhandel aus lebenden Blumen. Eine besondere Abteilung soll den Lehrlingen gewidmet werden, um einen Ueberblick über den Stand ihrer fachlichen Ausbildung zu gewinnen. Ihnen wird das benötigte Podestmaterial seitens der Ausstellungsleitung kostenlos geliefert. Daneben werden die Privatgärtner eine Schau selbstgezoGENER Topfblumen, Obst und Gemüse veranstalten und die Dekoration der Ausstellungsräume übernehmen. Die Leitung der Ausstellung liegt in den Händen bewährter Fachleute. Der Eintrittspreis ist auf 1 Mark pro Person festgesetzt.

Vorakt beim Holzeinkauf. Unter Hinweis auf den Artikel in Nr. 484 des „Vorwärts“ machen wir darauf aufmerksam, daß die von der D. V. B. zugelassenen Holz-Kleinhändler den Raummeter Holz nur drei mal geschnitten an die Verbraucher abgeben dürfen. Trotzdem eine Kontrolle über die Kleinhändler ausgeübt wird, ist es vorgekommen, daß die Raummeter Holz viermal gespalten vertrieben, um einen unerlaubten Gewinn zu erzielen. Der Verbraucher ist aber selbst in der Lage, sich durch Augenschein zu überzeugen, daß das in Verkaufsstellen abzugebende Holz den Rauminhalt der Rinde voll ausfüllt. Kann der Händler einer Ueberbeteiligung des Verbrauchers überführt werden, macht er sich strafbar und die Zuteilung von Rogistralholz wird aufgehoben.

Der sozialistische Varrer Meier hält seinen nächsten Vortrag am Sonntag, den 6. September, abends 6 Uhr, in der Trinitatiskirche in Charlottenburg ab. Er spricht über das Thema „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden die Erde besitzen“.

Sport.

Ringkämpfe in der Schloßbrauerei Schöneberg. Gestern gelangte erst der Entscheidungskampf Weber — Schwarz, der schon einmal wegen Eintretens der Zeitstunde abgebrochen werden mußte, zum Austrag. Nach hochinteressantem wechselvollem Kampf gelang es Schwarz, durch Armhebel auf beide Schultern zu werfen. Insgesamt hatte der Kampf 1 Stunde 55 Min. in Anspruch genommen. Einen neuen Erfolg stempelte dann der Schöneberger Vitzth, dem es im Entscheidungskampf gelang, seinen Gegner De Souza nach insgesamt 52 Minuten durch Untergriff auf beide Schultern zu werfen. Heute feiert der Weltmeister Hans Schwarz sein fünfzigstes Jubiläum als Berufssieger. Anlässlich desselben ein Handicap im gemischten Stil mit der Extrarunde von 2000 M. zwischen Schwarz und Vitzth. Schwarz verpflichtet sich, Vitzth innerhalb einer Stunde zweimal zu besiegen und zwar innerhalb 30 Minuten im gleichschweren Stil und 30 Minuten im freien Ringkampf. Außerdem Entscheidungskampf Hochhaus — Weber. Der Beginn der Kämpfe ist heute auf 8 Uhr festgesetzt.

Gewerkschaftsbewegung

Entlassung der Nichterwerbsbedürftigen.

Eine am Freitag vom Völkerverband beantragte Frauen-

Nachweise empfahl namentlich der Völkerverband, daß die

Die erwähnte Beschlusse vom Völkerverband fand heftigen

Es wurde ein Antrag angenommen, der Maßnahmen verlangt,

Eine Resolution, die ebenfalls angenommen wurde, protestiert

Wie es gemacht wird!

Bei der Firma Rudolf Hermann, 61, Joffener Str. 60,

Kushangl

Heute lief ein Telegramm ein, das im Auszug wie folgt

„Hona Berlin.“

Siehe morgen als Geburtsstiftung, Profuristen ausge-

Für Lösung dieses Auftrages meines Vaters bitte ich die

gez. Helmuth Stobwasser.

So wird vom Unternehmer die den Arbeitnehmern ver-

für, durch Geldmittel die Angestellten ihren Gewerkschaften ab-

Arbeitgeberverband für ostdeutsche Kleinschiffahrt.

Die nicht dem Arbeitgeberverband für Wirtschiffahrt, Ham-

Der Arbeitgeberverband für ostdeutsche Kleinschiffahrt erkennt

Durch diese Vereinbarung sind nunmehr die Lohn- und Ar-

Gegen die neue Arbeitsordnung.

Eine Betriebsversammlung der Deutschen Telephon-

Die sehr gut besuchte Versammlung nahm folgende Reso-

Die am 31. August im großen Saale des Gewerkschafts-

Samburger Hafenarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab.

spruch des Schiedsrichters auf einen Loerungsbefehl von

Achtung, Arbeitslose! Mittwoch, 8. September, mittags 1 Uhr,

Theater der Woche.

Dom 5. bis 12. September.

Vollst. u. 9. Eine Landparty, Bewährte Geschichte, 4 u. 10.

Engl. Die Tribüne: Pambury. Deutsches Künstlertheater:

Nachmittagsvorkellungen. Vollst. u. 12. Sie von

Verano, für den reobst. Zell: Dr. Werner Keller, Charlottenburg:

Ringkämpfe i. d. Schloßbrauerei Schöneberg

Heute Sonnabend, den 4. September 1920:

Benefiz u. Ehrenabend für den

Fest-Prolog

Großes Handicap

Der gr. Entscheidungskampf

Jeder Eisenbahner liest!!

Mitteilungen der Fach- und Freien

Hochschulen für Eisenbahner.

Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen.

Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahn-

Anerkannt vorzügliches, wirkungsvolles Insertionsorgan.

Von d. höchsten Eisenbahnstellen z. Insertion empfohlen.

Verlag A. Wesemann, Königgrätzer Straße 109.

Verkaufe

Belgische Herren-Anzüge

Bekanntes Schneider-Geschäft

Belgische Herren-Anzüge

Verkaufe

Belgische Herren-Anzüge

Einium-Produktio-n

Spardvereine Zehlendorf

Sonntag, den 12. Sept. cr.

Außerordentliche

Tagessordnung:

Der Aufsichtsrat.

Wohnung

Wandbild

Handel

Krause Pianos

Pianos

A. Lehmann & Co.

!!! Geld !!!

Bekanntes Schneider-Geschäft

Belgische Herren-Anzüge

Belgische Herren-Anzüge

Belgische Herren-Anzüge

Belgische Herren-Anzüge

Belgische Herren-Anzüge

Belgische Herren-Anzüge

Herrn- und Damensätze etc.

Hausarbeiten

Möbel

Handel

Musikinstrumente

Kaufgesuche

Unterricht

Verschiedenes

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsmarkt

Stellenangebote